

# Potentials of (Dis-)Order – Former Yugoslavia and Caucasus in Comparison

Bericht von der Konferenz in Berlin, 11.–13. Juni 1999

von Christoph Moeskes, Berlin

A**l**bhasien, Bosnien, Karabach. Es ist nicht nur das Kosovo allein. Seit der Auflösung der sozialistischen Staatenwelt haben insgesamt neun Kriege dazu geführt, daß das ehemalige Jugoslawien und der Kaukasus als notorisch unsicher und instabil gelten. Ein Vergleich drängt sich automatisch auf. Beide Regionen sind gekennzeichnet von einer komplexen ethnischen Geographie, einer imperialen Vergangenheit und von verspäteter nationalstaatlicher Formierung. Um so erstaunlicher, daß vergleichende Zugänge bislang fehlten. Auf Initiative des Osteuropa-Instituts wurde dieser Versuch nun zum ersten Mal unternommen.

Vom 11.–13. Juni 1999 luden das Osteuropa-Institut und das Ethnologische Institut der FU Berlin 26 Experten aus acht Ländern ein, sich auf eine interdisziplinäre Erkundung nach dauerhafter politischer Ordnung und den Wurzeln der Gewalt zu begeben. Unterstützt wurde die Konferenz von der Heinrich-Böll- und der Körber-Stiftung sowie von der FU Berlin.

## Erkenntnisleitende Fragen des Vergleichs

Der Kollaps der sozialistischen Systeme in der Sowjetunion und in Jugoslawien hat zweifelsohne ein institutionelles Erbe hinterlassen – die Trümmer werfen Schatten bis in die Gegenwart – welches für beide Räume heute nach wie vor wirkungsmächtig ist. Müssen ähnliche Rahmenbedingungen aber nun auch zwangsläufig in offene

Konflikte münden? Was sind die internen und externen Faktoren, die den Ausbruch oder die Eindämmung von Gewalt befördern? Und auf welchem Weg kann präventiv oder „konflikt-heilend“ ein stabiler Zustand erreicht werden? Dies waren die erkenntnisleitenden Fragen des Expertentreffens in Berlin.

Wie Holm Sundhaussen (Osteuropa-Institut) in seinem eröffnenden Beitrag feststellte, ist trotz aller Aktualität das Konzept der „ethnischen Säuberung“ keine Erfindung der Gegenwart oder gar Milošević allein. Es wird seit Jahrzehnten gedacht und praktiziert. Der Anspruch auf ethno-territoriale Homogenität mache dabei jeden Akteur zum Autisten. Der gesamte Balkan ist in dieser Hinsicht „ideologisch kontaminiert“. Doch es seien keineswegs Territorien, die frei oder unfrei seien, sondern die Menschen, die auf ihnen siedelten.

Christian Giordano (Freiburg, Schweiz) zeigte, wie – im wahrsten Sinne des Wortes doppelbödig – dies im Kosovo umgesetzt worden war. Nach dem Abzug der Osmanen setzte Belgrad darauf, das Land mittels einer Agrarreform neu zu strukturieren und zu modernisieren. Dabei wurden slawische Kolonisten bevorzugt. Den Bewohnern des Kosovos blieb nichts anderes übrig, als sich definitiv entscheiden zu müssen, welcher Ethnie sie nun angehörten. Lokales Bewußtsein zählte nicht mehr, wenn man die wenigen fruchtbaren Täler bestellen wollte. Man muß nicht unbedingt Anhänger des *longue durée* sein, um

nachzuvollziehen, wie stark sich diese Agrarreform ins kollektive Gedächtnis der Albaner eingegraben hat.

Doch während Jugoslawien sein Staatsgebiet noch einigermaßen übersichtlich in einer zweistufigen Föderation ordnete, installierte die Sowjetunion einen ethno-administrativen Teilchenzoo. Hier gab es nicht nur Republiken und Autonomien, sondern Sozialistische Sowjetrepubliken, Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken und Autonome Gebiete. Die Grenzen dieser ungleichen Einheiten waren fast nie deckungsgleich mit dem Siedlungsgebiet der jeweiligen Titularnation.

Die Künstlichkeit dieser Grenzen fiel solange nicht ins Gewicht, wie die Zentralmacht in der Lage war, die gesellschaftlichen Prozesse weitgehend zu kontrollieren. Ende der 80er Jahre aber begannen die verschiedenen Ethno-Territorien, eine reale Unabhängigkeit vom Zentrum zu fordern. In den Worten der Organisatoren der Konferenz, Christoph Zürcher und Jan Koehler: „Wie Zombies erwachten nun die scheinbaren Institutionen der nationalen Grenzen, Sowjets und Parlamente zum Leben.“

Zur Triebfeder ethnischer Gewalt sei ein ethisches Sicherheitsdilemma geworden. Jede ethnische Gruppe habe die andere als möglichen Profiteur des Machtvakuum des Zentrums angesehen. Um sich vor dieser realen oder als real wahrgenommenen Bedrohung zu schützen, organisierten und mobilisierten sich Gruppen, was von der andern Gruppe wiederum als Bedrohung angesehen wurde. Wenn eine Gruppe zum Schluß gelangt, daß die Nutzen eines gewalttätigen Konfliktes dessen Kosten überwiegen, dann ist der Weg zur Eskalation vorgegeben.

### Das Austrocknen der „Märkte der Gewalt“

Georg Elwert (Ethnologisches Institut der FU Berlin) betonte in seinem Beitrag zu Gewaltmärkten die marktorientierte Rationalität, welche Schlüsselakteure in Konflikten auszeichne: Was uns allzuoft als Chaos und Barbarei vorkommt, sei in Wirklichkeit hauptsächlich Ergebnis nüchterner Kalkulation. Gewalt müsse sich lohnen, sonst würde sie nicht ausgeübt. „Kriege brauchen Waffen. Waffen müssen transportiert, LKWs getankt werden. Die Kriege, über die wir sprechen, brauchen eine Logistik. Logistik bedingt Rationalität.“ Um diese „Märkte der Gewalt“ von außen auszutrocknen, bliebe nur das Mittel einer Wirtschaftsblockade oder, besser noch, die Unterbrechung der Geldtransfers in sichere Drittländer.

Beides konnte oder wollte die Staatengemeinschaft bislang nicht durchsetzen. Im Kaukasus könnte die multinationale Erschließung der Ölfelder im Kaspischen Meer möglicherweise sogar einen zukünftigen Gewaltausbruch forcieren. Das „Great Game“ um Konzessionen und Transportwege werde wohl nicht nach einem neoliberalistischen Drehbuch gespielt. Oksan Bayulgen (Austin, USA): „Eine Öl-Pipeline hat noch nie direkten Frieden gebracht.“ Eher befürchtet die Ölspezialistin, daß die relevanten

Akteure dieses große Spiel als Null-Summen-Spiel spielen, was potentiell Spannungen in der Region fördert.

Wenigstens dieses Eskalationsmoment fehlt im ehemaligen Jugoslawien. Nened Zakošek (Zagreb) betonte, daß sich beide Regionen überhaupt nur schwerlich miteinander vergleichen lassen. Spezifisch post-sowjetische Faktoren seien etwas anderes als post-sozialistische. Es sei zuerst die „Arroganz der lokalen Eliten“ gewesen, welche einen demokratischen Föderalismus auf dem Balkan verhindert habe, und erst danach die Mobilisierung ethno-politischer Gewalt.

Freilich verwischen in beiden Regionen paramilitärische Gruppen den Unterschied zwischen Zivilisten und Militärs. Dabei läßt sich Gewalt nach Hannes Grandits (Graz) und Carolin Leutloff (Berlin) jeweils leichter in ländlichen Gebieten organisieren als in der Stadt, weil dort gezielte Desinformation besser betrieben werden könne. Ghia Tarkhan-Mouravi (Tiflis) machte klar, daß im offiziellen Diskurs der gesamten Sowjetunion für Wahrheit kein Platz gewesen sei. Daher habe man auf inoffizielle Sprach- und Handlungspraktiken zurückgegriffen.

Gerade im Kaukasus, so Barbara Christophe (Frankfurt a.M.), habe sich derjenige als tatsächlich mächtig erwiesen, der über die Fähigkeit verfügte, informelle Netzwerke aufzubauen. Dies habe das Auftreten lokaler *war lords* begünstigt, welche ausschließlich aus privatem, und nicht aus nationalem Interessen heraus handelten.

Olga Vasileva thematisierte in ihrem Beitrag die Versuche, im russischen Nordkaukasus einen überregionalen, die administrativen, ethnischen Grenzen überschreitenden integrativen politischen Zusammenhang herzustellen, zum Beispiel das „Kaukasische Haus“ oder die „Konföderation der Bergvölker.“ Insgesamt beurteilte sie diese Bemühungen eher skeptisch – allzu oft stellten die Rivalität alter und neuer Eliten mögliche Erfolge in Frage.

Manuela Leonhard (London) sprach von einer Doppelkodierung intellektueller Identitätsdiskurse in Dagestan. In Dagestan existierten zwei parallele Diskurse, der erste „ethnisierend“, der zweite „nationalisierend“. Während der erste Diskurs die Besonderheiten einer Volksgruppe betone (und dabei viele Bücher mit dem Titel „Die Geschichte der X von frühster Zeit bis heute“ produziere), fasse der zweite eher die Gemeinsamkeiten aller Ethnien Dagestans zusammen. Diese Mehrfachkodierung verhindere die Bildung ethnischer Konflikt-Linien – bislang.

### Öffentlichmachung von Recht und Unrecht

John Borneman (Harvard und Cornell) widmete sich dem Thema „Reconciliation after ethnic cleansing“. Das Trauma der Überlebenden (Opfer) und die „Schuld“, überlebt zu haben, sei ein dauerhaftes Problem für die Normalisierung und Befriedung von Gesellschaften nach ethnischen Säuberungen und Gewalt. Diese Trauma tendiere dazu, auf Dauer gestellt zu werden – durch Rache, oder

durch die „Weitergabe“ an nachfolgende Generationen. Beides setze Leid und Gewalt fort (durch konkrete Gewalt und durch Ausdehnung des Traumas auf die nächste Generation). Um den Kreis von Trauma und Gewalt zu durchbrechen, müsse die Zeitebene auf die Gegenwart fixiert werden. Ein weiteres zentrales Verfahren seien institutionalisierte „retributive justice“ – Mechanismen, die dazu dienen, auch immaterielles Unrecht „gut“ zu machen. Auch wenn Strafe oft nur symbolisch seien – Recht und Unrecht müßten aber öffentlich zugeordnet werden.

Giovanni Scotto vom Berghofzentrum diskutierte die Rolle von NGO's in Bosnien-Herzegowina; NGO's seien besonders gut geeignet für *grass-root*-Arbeit und Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen auf mittlerer Ebene. Dabei sei das Finden von Partnern vor Ort entscheidend.

J. Kolerjan, Magister für Ur- und Frühgeschichte, stellte die „Schule der Straße“ Georgiens vor. Dabei handelt es sich um einen sozialen Übergangsraum, den die überwiegende Mehrheit von Jugendlichen in Georgien ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen und sozialen Zugehörigkeit zu passieren hatte und der auch heute ein zentraler Bezugspunkt für die Prestigeökonomie von Jungen und Männern ist. Zentrale Institution sind die regelmäßigen öffentlichen Treffpunkte junger Männer einer Nachbarschaft, die „Börse“. Während der Bürgerkriege büßte die „Schule der Straße“ ihre positive, als didaktisch wertvoll anerkannte Bedeutung im emischen Diskurs weitgehend ein. Neue Gewaltmittel und dramatische Änderungen in der relevanten Umwelt des Subsystems führten zu einer positiven Rückkoppelung zwischen Gewaltanwendung, Prestige und Ressourcenzugängen und unterminierten die kritischen Regeln des „Gewaltspiels“ der „Schule der Straße“. Die Straße wurde zu einem entscheidenden Feld, auf dem Kriegsherren menschliche Ressourcen für den entstehenden Gewaltmarkt mobilisierten. Trotz dieses Verfalls der Funktionalität haben die alten, auf den Straßen des sowjetischen Georgien geübten Vertrauensnetzwerke nach wie vor große, informelle Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Gesellschaftsbereiche, in denen die Organisation von Vertrauen und sozialer Mobilität jenseits der familienbezogenen Netzwerke nötig, aber defizitär ist.

Was können internationale Friedensinitiativen überhaupt leisten? Wann gibt es einen richtigen Zeitpunkt zur Intervention? Als ehemaliger Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien und momentaner Leiter der OSZE-Mission in Kroatien gab Tim Guldemann seine Erfahrungen aus der Praxis wieder. Man benötige nicht nur einen klar umrissenen Auftrag, sondern auch eine verbindliche Prioritätenliste, was zuerst zu tun sei. Am wirksamsten sei es, wenn es gelänge, die „internationale Gemeinschaft“ mit einer einzigen Stimme sprechen zu lassen. Für den Kosovo sei es besonders wichtig, daß sich eine einzige

Kommandostruktur etabliere, welche sowohl militärische wie zivile Angelegenheiten koordiniere.

Doch leider „verlaufen die internationalen Lernprozesse langsamer als die Bedürfnisse vor Ort.“ Dennoch sieht Guldemann Grund zu verhaltenem Optimismus: Aufgrund der zunehmenden Interdependenz einerseits, der zunehmenden Verregelung internationaler Politik durch internationale Regime andererseits, seien heute die Erfolgsaussichten externer Interventionen in Konfliktgebieten besser denn je.

Auch Stefan Troebsts (Leipzig) Beitrag widmete sich der Leistung der OSZE im Kosovo. Nach Ansicht des Referenten muß eine Beurteilung zwiespältig ausfallen: Die Stärke der Organisation liege im Präventionsbereich und im „Heilen“. Mit dem Management von größeren Konflikten sei die Organisation überfordert. Für die Zukunft erwartet der Referent zunehmend auch regionale Sicherheitskooperationen – eine Entwicklung, die auch Gia Nodia (Tbilissi) für den Kaukasus für wünschenswert erachtet.

Die OSZE ist im ehemaligen Jugoslawien mit fünf, im Kaukasus mit vier Missionen vertreten. Mehr als Informationen zu sammeln und zuzuhören, können die Beobachter selten. Nach Herwig Roggemann (Osteuropa-Institut) ist diese „Friedensressource Wahrheit“ mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag um die „Friedensressource Gerechtigkeit“ entscheidend erweitert worden. Trotz lediglich zweier vollstreckter Urteile stelle der Gerichtshof ein wirkungsvolles Präventionsinstrument zur Eindämmung von Gewalt dar.

Ob dem tatsächlich so ist, blieb ungeklärt. Die Durchsetzung rein westlicher Werte- und Rechtsstandards könne aber zu weiterem Konfliktpotential führen, so die einhellige Meinung der Konferenzteilnehmer. Aus westlicher Perspektive, sagte Ghia Nodia (Tiflis), ist der Balkan die „nahe“, der Kaukasus die „ferne Peripherie“. Während der Westen seit kurzem mit einer Stimme spreche, verfolge Rußland keine konsistente Linie. Im Kaukasus seien beide Outsider: „Der Westen ist mächtig, aber wenig interessiert. Rußland ist weniger mächtig, aber mehr interessiert.“

Beim Umzug nach Europa müssen Pulverfässer und Krisenherde draußen bleiben. Fraglich nur, welches Speditionsunternehmen sie in die Aservatenkammer der Geschichte transportieren kann.

Im November 1999 werden Christoph Zürcher und Jan Koehler die Konferenzbeiträge publizieren. Weitere Information zur Konferenz stellen die Organisatoren gern zur Verfügung: [zuercher@zedat.fu-berlin.de](mailto:zuercher@zedat.fu-berlin.de).

**Christoph Moeskes** studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.